

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Donnerstag, 11. Dezember 2008

Jeudi, 11 décembre 2008

08.00 h

06.063

ZGB. Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht

CC. Protection de l'adulte, droit des personnes et droit de la filiation

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.06.06 (BBl 2006 7001)
Message du Conseil fédéral 28.06.06 (FF 2006 6635)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02.10.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 02.10.08 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 03.10.08 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 04.12.08 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 11.12.08 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 19.12.08 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBl 2009 141)
Texte de l'acte législatif (FF 2009 139)

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) Code civil suisse (Protection de l'adulte, droit des per- sonnes et droit de la filiation)

Ziff. I Ziff. 1 Art. 372 Abs. 1; 450e Abs. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I ch. 1 art. 372 al. 1; 450e al. 5

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Amherd Viola (CEg, VS), für die Kommission: Wir haben heute im Erwachsenenschutzrecht zwei Differenzen zum Ständerat zu behandeln. Die eine betrifft Artikel 372 Absatz 1, die andere Artikel 450e Absatz 5.

Zunächst zu Artikel 372 Absatz 1: Der Ständerat hält an seiner Fassung fest, wonach die behandelnde Ärztin, der behandelnde Arzt im Falle der Urteilsunfähigkeit eines Patienten anhand der Versichertenkarte abklärt, ob eine Patientenverfügung vorliegt. Unser Rat hat den Passus «anhand der Versichertenkarte» gestrichen und damit eine allgemeine Abklärungspflicht des Arztes statuiert.

Die Kommission für Rechtsfragen schlägt Ihnen nun einstimmig vor, auf die Linie des Ständerates einzuschwenken und damit die Differenz zu beseitigen. Sie tut dies mit folgender Begründung: Die Abklärung über die Versichertenkarte ist der sicherste Weg. Die Versichertenkarte wird bis zum Inkrafttreten des neuen Vormundschaftsrechtes flächendeckend eingeführt sein. Es ist für den Einzelnen dann ein Einfaches, eine Patientenverfügung dort zu vermerken. Eine weiter führende allgemeine Abklärungspflicht führt zu praktischen Schwierigkeiten. Ein Hausarzt ist mit den Lebensumständen und mit dem Umfeld seiner Patienten vertraut. Er

kennt in der Regel auch die Angehörigen. Bei Spitalärzten ist dies aber nicht der Fall. Es ist für einen Spitalarzt äusserst schwierig, Angehörige überhaupt ausfindig zu machen. Die Lösung des Ständerates ist deshalb praktikabler als die vom Nationalrat beschlossene Regelung. Dazu kommt, dass der Eintrag auf der Versichertenkarte nicht obligatorisch ist. Jede Person ist frei, ihren Arzt oder eine Vertrauensperson zu beauftragen, ihre Patientenverfügung nötigenfalls einem Spital oder einem Arzt zu übergeben.

Es geht in Artikel 372 Absatz 1 also nur um die Frage, was der Arzt abzuklären hat, wenn er keine Meldung erhalten hat und wenn ihm auch nicht bekannt ist, ob eine Patientenverfügung errichtet worden ist. Die Kommission stimmt dem Ständerat zu, dass es zum Schutz der Patienten besser ist, wenn im Gesetz die Abklärungspflicht klar umschrieben ist und wenn klar gesagt wird, in welchen Fällen der Arzt eine Abklärung über die Versichertenkarte vornehmen muss.

Die Kommission bittet Sie, der Fassung des Ständerates zuzustimmen und damit die Differenz auszuräumen.

Ich komme zur zweiten Differenz, derjenigen bei Artikel 450e Absatz 5: Der Nationalrat hat eine fünftägige Frist eingeführt, innert welcher eine Beschwerde gegen einen Entscheid auf dem Gebiet der fürsorglichen Unterbringung zu erledigen ist. Mit dieser Frist soll garantiert werden, dass die Gerichte schnell entscheiden, zumal es um einen schwerwiegenden Eingriff in die persönliche Freiheit der betroffenen Person geht. Wenn jemand ein Rechtsmittel ergreift, soll dieses raschestmöglich behandelt werden.

Diesem berechtigten Anliegen steht die Schwierigkeit gegenüber, die Frist in jedem Fall einzuhalten. Bei psychischen Störungen beispielsweise muss gemäss Absatz 3 gestützt auf ein Gutachten einer sachverständigen Person entschieden werden. Liegt bereits ein unabhängiges Gutachten vor, kann die Frist eingehalten werden. Ansonsten ist dies nicht möglich, da im gerichtlichen Beschwerdeverfahren die sachverständige Person eine aussenstehende Person sein muss, damit die Unparteilichkeit des Gerichtes garantiert ist. In einem solchen Fall ist es schlichtweg nicht zu bewerkstelligen, innert fünf Arbeitstagen ein fundiertes Gutachten zu beschaffen und dann auch noch über die Beschwerde zu entscheiden. Der Ständerat hat deshalb mit der Ergänzung, dass «in der Regel» innert fünf Arbeitstagen nach Eingang der Beschwerde entschieden werden muss, solchen Fällen Rechnung getragen.

Grundsätzlich bleibt also die vom Nationalrat gewünschte Frist bestehen. In begründeten Fällen kann nach der ständerätlichen Fassung davon abgewichen werden. Die Kommission ist der Meinung, dass diese Lösung der Notwendigkeit einer raschen Entscheidung wie auch der Notwendigkeit einer gründlichen Abklärung Rechnung trägt.

Wir beantragen Ihnen deshalb, bei Artikel 450e Absatz 5 dem ständerätlichen Beschluss zu folgen und damit auch diese Differenz zu bereinigen.

Freysinger Oskar (V, VS), pour la commission: Il s'agit de l'article 372 alinéa 1 où notre conseil avait proposé une information un peu plus large sur l'existence de directives anticipées, alors que le Conseil fédéral et le Conseil des Etats proposaient de se baser sur la carte d'assuré du patient. Ce moyen est jugé plus sûr. Puisque les cartes d'assuré seront présentes sur tout le territoire suisse, on peut partir du point de vue que tous les patients peuvent être saisis. Une information générale pose quelques difficultés supplémentaires, surtout pour les médecins d'hôpitaux. Pour les médecins de famille, c'est plus facile. De plus, il n'y a pas d'obligation de faire figurer cela sur la carte, on peut toujours choisir une autre façon de faire.

La commission de notre conseil s'est donc ralliée à la décision du Conseil des Etats et au projet du Conseil fédéral, et elle vous demande de faire la même chose.

En ce qui concerne l'article 450e alinéa 5, notre conseil avait proposé un délai de cinq jours ouvrables suivant le dépôt du recours pour accélérer les procédures judiciaires, pour que les travaux des tribunaux ne traînent pas en longueur, mais il faut reconnaître que cela n'est pas toujours possible. Il

existe quand même des cas, comme par exemple lorsque nous sommes face à des dérangements psychiques qui exigent une expertise, où il est difficile de maintenir ce délai de cinq jours. Il faut un peu plus de temps et c'est pour cette raison qu'il y a l'ajout de l'expression «en règle générale». On devrait donc s'en tenir à ce délai de cinq jours, mais dans des cas particuliers comme dans le cas où une expertise est nécessaire, on peut imaginer de prendre un peu plus de temps.

Nous vous proposons donc là aussi de vous rallier à la décision du Conseil des Etats.

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf renonce à prendre la parole.

Angenommen – Adopté

La présidente (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Avant de passer au prochain objet, je voudrais souhaiter un bon anniversaire à Monsieur Alexander Baumann et à Madame Christine Goll qui ont eu tous deux leur anniversaire hier. Aujourd'hui, c'est Monsieur Peter Föhn qui a son anniversaire. Bon anniversaire! Buon compleanno! (*Applaudissements*)

07.078

Uno-Übereinkommen gegen Korruption Convention des Nations Unies contre la corruption

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 21.09.07 (BBI 2007 7349)

Message du Conseil fédéral 21.09.07 (FF 2007 6931)

Nationalrat/Conseil national 11.12.08 (Erstrat – Premier Conseil)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Schwander, Müri, Reimann Lukas)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Schwander, Müri, Reimann Lukas)
Ne pas entrer en matière

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Korruption wurde früher als Gentleman-Delikt verstanden. Seit den Neunzigerjahren ist die Schädlichkeit von Korruption aber bekannt und allgemein als solche erkannt. Korruption unterwandert den Wettbewerb, Korruption fördert schlechte Leistungen anstelle von guten und honoriert schlechte Leistungen statt gute. Systematische Korruption kontaminiert die Verwaltung eines gesamten Landes. Deshalb ist der Kampf gegen Korruption elementar.

Korruption ist immer auch ein internationales bzw. ein transnationales Phänomen. Gerade in Entwicklungsländern sind häufig internationale Konzerne in Korruptionsfälle involviert. Das gilt auch für schweizerische Unternehmen. Dies ist vor allem deshalb so, weil, sobald Korruption in einem Land Raum gewinnt, diejenigen Unternehmungen, die Korruption nicht fördern möchten, unter Druck geraten und gezwungen sind, ebenfalls in einem solchen System mitzumachen. Es

ist also im Sinne eines sauberen Wettbewerbs und damit auch im Sinne der schweizerischen Wirtschaft, dass Korruption weltweit zurückgedrängt und im Idealfall eliminiert wird. Das Uno-Übereinkommen gegen Korruption – um den Beitritt dazu geht es heute – ist das erste und bisher einzige weltumspannende Instrument gegen Korruption. Es gibt bereits andere internationale Konventionen, zu erwähnen sind insbesondere die entsprechende OECD-Konvention und die Europarats-Konvention, die regionale Ausdehnung haben und die die Schweiz bereits unterzeichnet und umgesetzt hat. Die Uno-Korruptionskonvention nimmt die Grundgedanken und die Grundinstrumente dieser Konventionen auf und gibt ihnen eine weltumspannende Dimension.

Die wesentlichen Forderungen, die die Konvention an die schweizerische Gesetzgebung stellt, sind bereits erfüllt. Zu erwähnen ist insbesondere die Strafbarkeit der Auslandsbestechung. Entsprechend besteht mit der Unterzeichnung der Konvention keine Notwendigkeit, Gesetzesanpassungen vorzunehmen. Insbesondere erfüllt das schweizerische Strafrecht die entsprechenden Anforderungen bereits. Es ist allerdings zu sagen, dass es mit strafrechtlichen Massnahmen bei der Korruptionsbekämpfung bei Weitem nicht getan ist. Die Dunkelziffer ist bei Korruptionsfällen, insbesondere bei Auslandsbestechung, ausserordentlich hoch. Wichtiger sind daher vor allem auch präventive, ausserstrafrechtliche Aspekte der Konvention. Auf der einen Seite sieht die Konvention präventiv Vorschriften bei der Beschaffung im öffentlichen und im privaten Sektor vor. Auf der anderen Seite festigt sie einen strafrechtlichen Grundstandard, der sich auf die öffentliche und die private Korruption, die Unternehmenshaftung und weitere Aspekte bezieht. Ausserdem werden Verfahrensfragen geregelt, insbesondere im Zusammenhang mit der internationalen Kooperation und der Einziehung von Geldern.

Die Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen ist auf die Vorlage eingetreten und beantragt Ihnen – das Stimmenverhältnis beträgt 13 zu 3 bei 1 Enthaltung – Zustimmung zum Beitritt der Konvention.

Chevrier Maurice (CEg, VS), pour la commission: Depuis plusieurs années, la corruption constitue un thème central de la lutte contre la criminalité, tant au niveau national qu'international. Elle cause des préjudices considérables, elle sape la confiance des citoyens à l'égard des institutions, tout en donnant une image négative de l'Etat concerné et de son économie. L'importance du phénomène a conduit la Suisse à conclure une série d'accords internationaux en la matière. Au titre de la mise en oeuvre de ces conventions, la Suisse a profondément réformé son Code pénal, sanctionnant durement la corruption dans les secteurs publics et privés, affichant ainsi sa volonté de combattre la corruption érigée en système et la corruption transnationale.

La convention des Nations Unies qui est soumise à notre approbation constitue le premier instrument global de lutte contre la corruption en instaurant des mécanismes de collaboration sur le plan international. Elle se caractérise par une approche globale de cette problématique et tend à harmoniser les législations nationales. Elle prévoit une vaste réglementation couvrant tant les aspects préventifs que répressifs de la lutte contre la corruption, définissant en particulier les différentes formes de corruption et introduisant le principe du recouvrement des valeurs patrimoniales acquises illicitement. Elle traite également plus explicitement de la lutte contre la corruption dans la fonction publique. Par contre, elle contient aussi des dispositions qui n'ont pas de portée impérative, notamment celles concernant les éléments constitutifs de la corruption impliquant le secteur privé ainsi que les mécanismes d'évaluation de sa propre mise en oeuvre.

Nous l'avons dit, aujourd'hui notre droit interne satisfait pleinement aux exigences posées par la convention. Ainsi l'approbation de la convention n'induirait aucune modification législative. Votre commission a traité de cet objet lors de sa séance du 19 juin dernier. Elle a constaté que la Convention des Nations Unies contre la corruption n'aura que peu d'im-